

EHRBARE STAATEN? UPDATE 2013

DIE NACHHALTIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN IN EUROPA

Argumente
zu Marktwirtschaft
und Politik

Nr. 125 | Mai 2014



Stefan Moog
Bernd Raffelhüschen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 03

- 1 Einleitung 04
- 2 Langfristige Herausforderungen für die öffentlichen Finanzen 06
- 3 Die Bilanz der ehrbaren Staaten – Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Europa 09
- 4 Die Entwicklung der expliziten Staatsverschuldung in der mittleren Frist 12
- 5 Fazit 14

Literatur 15

Executive Summary 16

© 2014

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 206057-0
Telefax: +49 (0)30 206057-57
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612 – 7072

Titelfoto (Fotomontage): © Sergej Khackimullin – Fotolia.com + aerogondo – Fotolia.com

Diese Studie wurde am Forschungszentrum Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg erstellt. Für wertvolle Hinweise und Hilfestellungen danken die Autoren Susanna Hübner und Guido Raddatz. Für alle verbleibenden Fehler zeigen sich die Autoren verantwortlich.

Vorwort

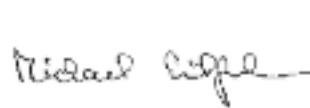
Die Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union (EU) ist weder ausgestanden noch ausreichend beantwortet. Daran kann kaum ein Zweifel bestehen angesichts weiterhin in Anspruch genommener Rettungsmechanismen und einer sich nach wie vor im expansiven Krisenmodus befindenden Geldpolitik, die als kurzfristiger „Problemlöser“ verdeckt, dass die wichtigsten institutionellen und ordnungspolitischen Fragen kaum angegangen werden. Natürlich brauchen Reformen Zeit – zum einen, bis sie beschlossen und umgesetzt sind, zum anderen bis ihre ökonomischen Wirkungen zu Tage treten. Das verdeutlicht auch das deutsche Beispiel nach der Jahrtausendwende: Die sogenannten Hartz-Reformen sowie die seit Ende der 1990er Jahre zu beobachtende Lohnzurückhaltung zeigten ihre positiven, beschäftigungsstabilisierenden Auswirkungen erst mit einigen Jahren zeitlicher Verzögerung und trugen dazu bei, dass der einstmals „kranke Mann Europas“ vergleichsweise gut durch die Wirtschaftskrise der letzten Jahre kam.

Die Erkenntnis, dass zwischen der politischen Umsetzung von konstruktiven, an Nachhaltigkeit ausgerichteten Reformen und dem Sichtbarwerden ihrer Auswirkungen mehrere Jahre liegen können, trägt allerdings nicht dazu bei, den „Reformeißer“ in der Politik zu erhöhen. Allzuoft dominieren kurzfristige Überlegungen, so dass „unbequeme“ Reformen gerne aufgeschoben werden und/oder der Staat, wie gerade in Deutschland mit dem Rentenpaket, mit umso stärkerem Engagement da „reformiert“, wo kurzfristige politische Dividenden winken und der Schaden noch weit weg liegt. Für Europa ist ein solches Beispiel fatal. Wichtig ist daher die Frage, ob die Mitgliedstaaten der EU sich auf dem richtigen Weg befinden und den – aus ökonomischer Perspektive – unerlässlichen Reformkurs eingeschlagen haben.

Nimmt man die langfristige Solidität der öffentlichen Finanzen als Reformindikator, sieht die Realität nicht rosig aus. Die Ergeb-

nisse der vorliegenden Studie zeigen, dass fast alle Mitgliedstaaten der EU noch immer keine nachhaltig finanzierten öffentlichen Haushalte vorweisen können. Anders gewendet: Die meisten Staaten Europas haben nicht nur in der Vergangenheit über ihre Verhältnisse gelebt und enorme Schuldenberge aufgetürmt, sie versprechen ihren Bürgern auch für die Zukunft mehr staatliche Leistungen, als mit den gegenwärtigen Steuer- und Abgabenniveaus dauerhaft finanziert werden können. In der überwiegenden Mehrheit der EU-Mitgliedsländer übersteigen die impliziten Schulden, welche die zukünftigen Finanzierungsprobleme verkörpern, die in der Vergangenheit entstandenen expliziten Schulden um ein Vielfaches. Für die mittel- und langfristigen Perspektiven Europas sind das keine guten Nachrichten und für die verantwortlichen Politiker in den meisten europäischen Ländern kein gutes Zeugnis. Europa hat noch einen weiten Weg vor sich, bis es ökonomisch wieder auf soliden Füßen steht. Diese Tatsache darf bei allen „Ermüdungserscheinungen“, die die Eurokrise inzwischen hervorrufen mag, nicht aus den Augen verloren werden.

Wir danken der informedia-Stiftung für die Förderung dieser Publikation.



Prof. Dr. Michael Eilfort

Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft

1 Einleitung

Nach dem (erneuten) Einbruch der europäischen Konjunktur im Jahr 2012 deuten die Wirtschaftsdaten seit Mitte des Jahres 2013 zunehmend darauf hin, dass die konjunkturelle Talsohle in Europa vielerorts erreicht sein dürfte. Erfreulich ist, dass neben Irland auch Spanien und Portugal wieder leicht gewachsen sind – und es selbst in Griechenland zumindest Anzeichen für ein Ende des wirtschaftlichen Abschwungs gibt. Auch konnten die Haushaltsdefizite in einigen der am stärksten im Fokus stehenden Staaten im Jahr 2013 weiter reduziert werden. Schließlich konnte mit Irland im Dezember 2013 ein erster Staat den EU-Rettungsschirm verlassen.

Ein Ende der europäischen Staatsschuldenkrise ist allerdings noch nicht in Sicht. Denn in vielen EU-Staaten ist die Lage der öffentlichen Finanzen noch überaus angespannt. Insbesondere die Krisenstaaten haben trotz Konsolidierungsfortschritten – mit Ausnahme von Italien – die Defizitobergrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts in Höhe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2013 weiterhin deutlich verfehlt. Auch sind die jüngsten, positiven Konjunkturprognosen derzeit nicht mehr als

ein Hoffnungsschimmer am Horizont. Denn aktuell sind die Unsicherheiten infolge der konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft zu groß, als dass man auf dieser Basis auf einen anhaltenden konjunkturellen Aufschwung in Europa setzen sollte.

Vor diesem Hintergrund wirft der vorliegende Beitrag einen Blick auf die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in der EU.¹ Neben den langfristigen Belastungen für die öffentlichen Haushalte infolge der demografischen Alterung berücksichtigt der vorliegende Beitrag dabei aktuelle Daten der Europäischen Kommission zur fiskalischen Ausgangslage in den EU-Staaten im Jahr 2013².

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: In Abschnitt 2 werden zunächst die zentralen Herausforderungen – demografische Alterung und fiskalische Ausgangslage – für die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in der EU betrachtet. Die Ergebnisse des aktuellen Nachhaltigkeitsvergleichs werden in Abschnitt 3 dargestellt. Schließlich werden in Abschnitt 4 die Implikationen für die mittelfristige Entwicklung der Staatsverschuldung in Europa untersucht. Der Beitrag schließt mit einem Fazit in Abschnitt 5.

1 Seit dem Beitritt Kroatiens zur EU am 01.07.2013 besteht die Europäische Union aus 28 Mitgliedstaaten. Aufgrund fehlender Daten für Kroatien konnten in der vorliegenden Studie allerdings nur die bisherigen 27 Mitgliedstaaten der EU berücksichtigt werden. Wenn im Folgenden von der EU oder den EU-Staaten gesprochen wird, sind daher stets die bisherigen 27 Mitgliedstaaten der EU gemeint.

2 Für einen Vergleich der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Europa auf Basis der Datenlage 2012 siehe Stiftung Marktwirtschaft (2013a).

Methodik und Datenbasis des EU-Nachhaltigkeitsvergleichs

Box 1

Methodik

Den nachfolgenden Ergebnissen zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in der EU liegt eine langfristige Projektion der Staatseinnahmen und -ausgaben zugrunde. Die heutige Fiskalpolitik kann als nachhaltig bezeichnet werden, wenn sie „bis in alle Ewigkeit“ fortgeführt werden kann, ohne die sogenannte intertemporale Budgetbeschränkung des Staates zu verletzen. Vereinfacht ausgedrückt beschreibt dies eine Situation, in der die zukünftigen Einnahmen des Staates unter der aktuellen Gesetzgebung gerade ausreichend sind, um alle zukünftigen Ausgaben des Staates einschließlich der Zins- und Tilgungslasten für die bestehende Staatsschuld auf Dauer zu finanzieren.

Ist diese Bedingung hingegen nicht erfüllt, so liegt eine sogenannte Nachhaltigkeitslücke (NHL) vor. Die heutige Fiskalpolitik kann dann nicht als nachhaltig bezeichnet werden, sodass zukünftig Abgabenerhöhungen oder Einsparungen unumgänglich sind. Formal ist die Nachhaltigkeitslücke im Jahr t gegeben durch

$$NHL_t = b_t + \sum_{s=t+1}^{\infty} \left(\frac{1+g_{t,s}}{1+r} \right)^{s-t} pd_s$$

wobei b_t die bereits bestehende oder explizite Staatsschuld als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr t , pd_s das Primärdefizit* als Anteil am BIP im Jahr s , $g_{t,s}$ die durchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP im Zeitraum zwischen den Jahren t und s sowie r den realen Zinssatz bezeichnet. Gemäß der Gleichung setzt sich die Nachhaltigkeitslücke aus der bereits heute sichtbaren oder expliziten Staatsschuld b_t und der heute noch unsichtbaren oder impliziten Staatsschuld $\sum_{s=t+1}^{\infty} \left(\frac{1+g_{t,s}}{1+r} \right)^{s-t} pd_s$ zusammen. Im Unterschied zur expliziten Staatsschuld, welche das Ausmaß vergangener Haushaltsdefizite widerspiegelt, ist die implizite Staatsschuld im Wesentlichen durch die Summe aller zukünftigen (Primär-)Defizite bestimmt.

Datenbasis

Als Basisjahr liegt dem vorliegenden Heft das Jahr 2012 zugrunde. Die Angaben zur Höhe der expliziten Schulden im Jahr 2012 stammen aus der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Stand: Nov. 2013). Zur Ermittlung der impliziten Schulden wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit für alle Staaten ein einheitlicher und im Zeitablauf konstanter realer Zinssatz r in Höhe von 3 Prozent unterstellt. Im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurde für den Zeitraum 2013 bis 2060 der im Alterssicherungsbericht 2012 (Europäische Kommission, 2012a, im Folgenden: AR2012) unterstellte Wachstumspfad des realen BIP zugrunde gelegt. Für den Zeitraum nach 2060 wurde hingegen eine konstante Wachstumsrate des realen BIP entsprechend dem jeweiligen Wert in 2060 unterstellt.

Hinsichtlich der Entwicklung der öffentlichen Finanzen liegt den nachfolgenden Ergebnissen die Annahme konstanter Rahmenbedingungen entsprechend dem gesetzlichen und fiskalischen Status quo des Jahres 2013 zugrunde. Hierbei wurde unterstellt, dass das Primärdefizit der öffentlichen Haushalte – als Anteil am BIP – bei Vernachlässigung der Auswirkungen des demografischen Wandels über den gesamten Projektionszeitraum hinweg dem – um Einmaleffekte bereinigten – Primärdefizit im Jahr 2013 gemäß der Herbstprognose der Europäischen Kommission (Europäische Kommission, 2013) entspricht. Zur Berücksichtigung der Auswirkungen des demografischen Wandels für die Höhe der altersbedingten öffentlichen Ausgaben für Gesundheit, Pflege und Bildung wurde unterstellt, dass diese – als Anteil am BIP – im Zeitraum 2015 bis 2060 entsprechend dem AR2012 der Europäischen Kommission ansteigen. Für den Zeitraum nach 2060 wurde dagegen der jeweilige Wert des Jahres 2060 zugrunde gelegt. Eine Ausnahme bilden die öffentlichen Ausgaben für Renten. Angesichts der – in einzelnen Staaten teils deutlichen – Unterschiede im Vergleich zu den Ergebnissen des Alterssicherungsberichts 2009 (Europäische Kommission, 2009, im Folgenden: AR2009) wurde für die Zunahme der öffentlichen Rentenausgaben der Durchschnitt des AR2009 und des AR2012 zugrunde gelegt, sofern sich gemäß dem AR2012 im Zeitraum zwischen 2015 und 2060 im Vergleich zum AR2009 eine geringere Zunahme ergibt.

* Das Primärdefizit entspricht dem um die Zinsausgaben bereinigten staatlichen Haushaltsdefizit.

2 Langfristige Herausforderungen für die öffentlichen Finanzen

Wie der Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung oder die jährlich für Deutschland veröffentlichte Generationenbilanzierung beruhen auch die nachfolgenden Ergebnisse zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Europa auf einer langfristigen Projektion der Finanzentwicklung der öffentlichen Haushalte in den Staaten der EU27 (siehe Box 1).³ Neben den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege werden dabei auch die Konsequenzen der fiskalischen Ausgangslage des Jahres 2013 für die langfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen berücksichtigt.

Demografische Alterung

Bereits heute (Stand 2012) beläuft sich der Altenquotient – die Anzahl der über 65-Jährigen je 100 Personen im Alter zwischen 15 bis 64 Jahren – in der EU auf 26. Italien weist dabei mit einem Altenquotienten von 32 die älteste, Irland, die Slowakei und Zypern

mit einem Altenquotienten von 18 die jüngste Bevölkerungsstruktur auf. Infolge geringer Geburtenraten und des Anstiegs der Lebenserwartung wird sich der Altenquotient jedoch in allen europäischen Staaten bis zum Jahr 2060 in etwa verdoppeln.

Dieser Alterungsprozess stellt die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen infolge seiner Konsequenzen für die öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege in Frage. Bereits heute entfällt mit einem Anteil von 20,3 Prozent am BIP ein bedeutender Anteil der öffentlichen Ausgaben in Form von Renten-, Gesundheits- und Pflegeleistungen vorwiegend auf die ältere Bevölkerung (siehe Abbildung 1). In Zypern und Luxemburg fallen diese altersbedingten Ausgaben mit lediglich 10,3 bzw. 13,9 Prozent am BIP aktuell am geringsten, in Frankreich und Italien mit 24,7 bzw. 23,8 Prozent am BIP hingegen am höchsten aus. In Deutschland entsprechen die öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege mit 20,2 Prozent am BIP in etwa dem EU-Durchschnitt.

Methodische Unterschiede – EU-Nachhaltigkeitsvergleich versus deutsche Generationenbilanz

Box 2

Wie die jährlich von der Stiftung Marktwirtschaft für Deutschland veröffentlichte Generationenbilanzierung beruht auch der EU-Nachhaltigkeitsvergleich der Stiftung im Kern auf einer langfristigen Projektion der Finanzentwicklung der öffentlichen Haushalte. Gleichzeitig bestehen wesentliche Unterschiede.

*Hinsichtlich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Zukunft liegen dem EU-Nachhaltigkeitsvergleich länderspezifische Annahmen zur Entwicklung des BIP zugrunde, welche neben den Produktivitätsfortschritten auch die zukünftige Entwicklung der Erwerbstätigkeit berücksichtigen. Hingegen unterstellt die deutsche Generationenbilanzierung eine Konstanz der heutigen Erwerbsbeteiligung.**

*Unterschiede bestehen auch im Hinblick auf die fiskalischen Rahmenbedingungen. Zum einen liegt dem EU-Nachhaltigkeitsvergleich die Annahme zugrunde, dass die sonstigen, im weitesten Sinne als nicht altersabhängig einzustufenden Staatsausgaben und die Staatseinnahmen zukünftig entsprechend der Entwicklung des BIP zunehmen werden. In diesem Sinne ähneln die vorliegenden Berechnungen dem Fiscal-Sustainability-Konzept der OECD**. Demgegenüber orientiert sich die Fortschreibung der sonstigen Staatsausgaben und der Staatseinnahmen im Rahmen der Generationenbilanzierung an der Bevölkerungsentwicklung. Beispielsweise hat dieser Unterschied im Falle von Deutschland in der Praxis zur Konsequenz, dass sich auf Basis der Generationenbilanzierung eine ungünstigere Entwicklung der Staatsausgaben und -einnahmen und damit eine größere Nachhaltigkeitslücke ergibt.****

Schließlich liegt der Generationenbilanzierung eine Fortschreibung der Staatsausgaben und -einnahmen über einen theoretisch unendlichen Betrachtungszeitraum zugrunde. Für den EU-Nachhaltigkeitsvergleich wurde stattdessen unterstellt, dass die Staatsausgaben und -einnahmen im Zeitraum nach 2060 – jeweils gemessen als Anteil am BIP – den jeweiligen Werten des Jahres 2060 entsprechen.

* Zu den Auswirkungen unterschiedlicher Annahmen zur Entwicklung der Erwerbsbeteiligung auf die Höhe der Nachhaltigkeitslücke siehe Stiftung Marktwirtschaft (2012) und Ehing/Moog/Raffelhüschchen (2013).

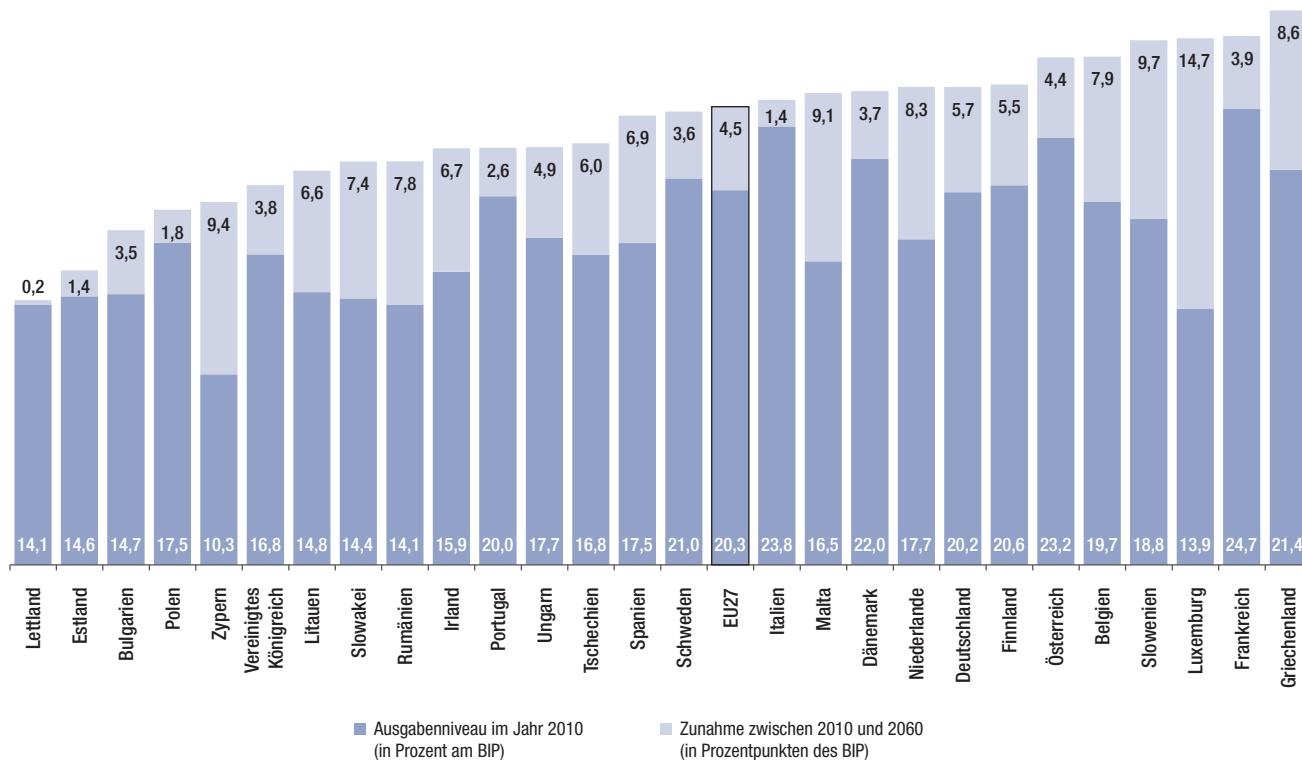
** Siehe hierzu beispielsweise Benz/Fetzer (2006).

*** Vgl. Benz/Fetzer (2006).

3 Zu den Tragfähigkeitsanalysen der Bundesregierung siehe BMF (2011). Die aktuellen Ergebnisse der deutschen Generationenbilanzierung finden sich in Stiftung Marktwirtschaft (2013b). Zu den methodischen Unterschieden zwischen der deutschen Generationenbilanzierung und dem vorliegenden Beitrag siehe Box 2.

Abbildung 1:
Die Lasten der demografischen Alterung – Zunahme der öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege

Quelle: Europäische Kommission (2009, 2012a), eigene Berechnungen.



Infolge der demografischen Alterung werden die Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege in allen EU-Staaten jedoch weiter zunehmen. Zwar haben viele EU-Staaten bereits in der Vergangenheit mit teils grundlegenden Reformen ihrer Rentensysteme auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung reagiert. Allerdings kann der Anstieg der altersabhängigen Ausgaben hierdurch lediglich gebremst, nicht aber kompensiert werden. Gemäß den hier zugrunde gelegten Annahmen ist in den EU-Staaten bis zum Jahr 2060 mit einer durchschnittlichen Zunahme der altersabhängigen Ausgaben um 4,5 Prozentpunkte am BIP zu rechnen. Am niedrigsten fällt die Zunahme der altersabhängigen Ausgaben mit 0,2 Prozentpunkten am BIP in Lettland aus. Auch in Estland, Italien, Polen und Portugal ist nur mit einem vergleichsweise geringen Anstieg zu rechnen. Hingegen ist die stärkste Zunahme mit 14,7 Prozentpunkten des BIP in Luxemburg zu erwarten. Aber auch in Belgien, Griechenland, Malta, den Niederlanden, Rumänien, der Slowakei, Slowenien und Zypern ist von einer deutlich überdurchschnittlichen Zunahme der Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege auszugehen.

Fiskalische Ausgangslage

Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen wird jedoch nicht allein durch die demografische Entwicklung in Frage gestellt. Zu berücksichtigen sind auch die Belastungen infolge der aktuellen Lage der öffentlichen Finanzen in der EU. Infolge der Wirtschafts-, Banken- und Staatsschuldenkrise ist die Staatsverschuldung in der EU27 von 62 Prozent im Jahr 2008 auf 87 Prozent am BIP zum Jahresende 2012 gestiegen (siehe Abbildung 2). Die öffentlichen Haushalte in Griechenland waren dabei mit 157 Prozent am BIP im Jahr 2012 am höchsten verschuldet, während Irland – gefolgt von Portugal, Griechenland und Spanien – mit einem Anstieg von 44 Prozentpunkten am BIP in 2008 auf 117 Prozent am BIP in 2012 die stärkste Zunahme der Staatsverschuldung zu verkräften hatte. Diese Zunahme der Staatsverschuldung stellt die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in der EU27 infolge der Konsequenzen für die Höhe der jährlichen Zins- und Tilgungslasten in Frage. So hat die Zunahme der Staatsverschuldung in Irland aber auch in Portugal, Spanien und Zy-

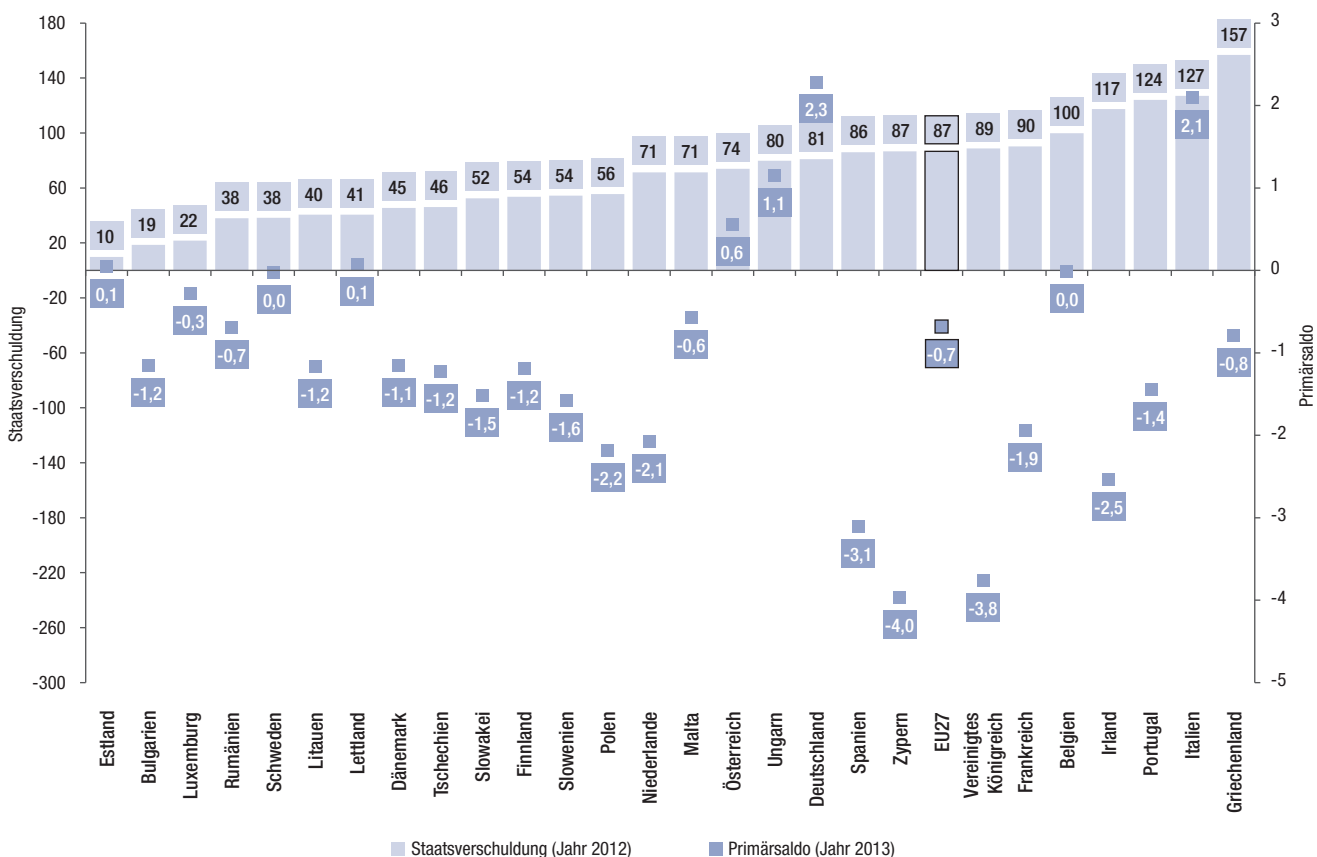
pern bereits zu einer spürbaren Zunahme der Zinsausgaben geführt. Hingegen ist eine spürbare Zunahme der Zinsausgaben im EU-Durchschnitt bisher ausgeblieben, da die Mehrzahl der EU-Staaten sich – nicht zuletzt angesichts des niedrigen Zinsniveaus – aktuell günstigen Refinanzierungskonditionen gegenüber sieht, während die am stärksten von der Schuldenkrise betroffenen Staaten sich über die Rettungsschirme weiterhin zu vergleichsweise günstigen Konditionen verschulden konnten. Griechenland dient im Frühjahr 2014 hierfür als gutes Beispiel.

Allerdings ist es nicht allein die Höhe der Staatsverschuldung, welche aktuell Anlass zur Sorge gibt. Problematisch ist vielmehr, dass die öffentlichen Haushalte in der Mehrzahl der EU-Staaten trotz der Konsolidierungsbemühungen der vergangenen Jahre im Jahr 2013 mit einem negativen Primärsaldo, d.h. einem Primärdefizit, abgeschlossen haben (siehe Abbildung 2). Der Primär-

saldo bezeichnet den um die Zinsausgaben bereinigten Haushaltsüberschuss. Anders ausgedrückt entspricht der Primärsaldo dem Teil der Staatseinnahmen, welcher einem Staat nach Abzug aller sonstigen Staatsausgaben für Zins- und Tilgungszahlungen bleibt. Folglich befand sich die Mehrzahl der EU-Staaten im Jahr 2013 in einer Situation, in der die Staatseinnahmen noch nicht einmal ausreichend waren, um alle laufenden Ausgaben für öffentliche Güter und Transferleistungen zu decken. In einer solchen Situation muss ein Staat folglich immer wieder neue Kredite aufnehmen, um seinen Zins- und Tilgungsverpflichtungen nachkommen zu können. Lediglich Deutschland, Italien, Ungarn, Österreich, Lettland und Estland konnten angesichts eines positiven Primärsaldos, d.h. eines Primärüberschusses, ihren Schuldendienst im Jahr 2013 zumindest teilweise aus eigener Kraft bestreiten.

Abbildung 2: Die Lasten der fiskalischen Ausgangslage – Primärsaldo und Staatsverschuldung im Vergleich (in Prozent am BIP)

Quelle: Europäische Kommission (2013), eigene Berechnungen.



Erläuterung: Der dargestellte Primärsaldo entspricht dem um Einmaleffekte bereinigten Niveau des Jahres 2013 gemäß der Herbstprognose der Europäischen Kommission.

3 Die Bilanz der ehrbaren Staaten – Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Europa

Infolge der demografisch bedingten Zunahme der öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege wird das in der Mehrzahl der EU27-Staaten bereits aktuell bestehende Missverhältnis zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben zukünftig weiter zunehmen. In der aktuellen Bilanz der ehrbaren Staaten spiegelt sich dieses Missverhältnis in einer impliziten Staatsschuld von 262 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wider (siehe Abbildung 3). Zusammen mit der expliziten Staatsschuld von 87 Prozent am BIP beläuft sich die Nachhaltigkeitslücke der öffentlichen Haushalte in der EU27 für das Basisjahr 2012 damit auf 349 Prozent am BIP.

Mit einer Nachhaltigkeitslücke von weniger als 100 Prozent am BIP belegen Lettland mit 59 Prozent am BIP, Italien mit 73 Prozent am BIP und Estland mit 92 Prozent am BIP die Spitzenplätze im Nachhaltigkeitsvergleich der EU27-Staaten. Mit den im EU-Vergleich höchsten Nachhaltigkeitslücken bilden Irland mit 1.268 Prozent am BIP, Luxemburg mit 1.184 Prozent am BIP so-

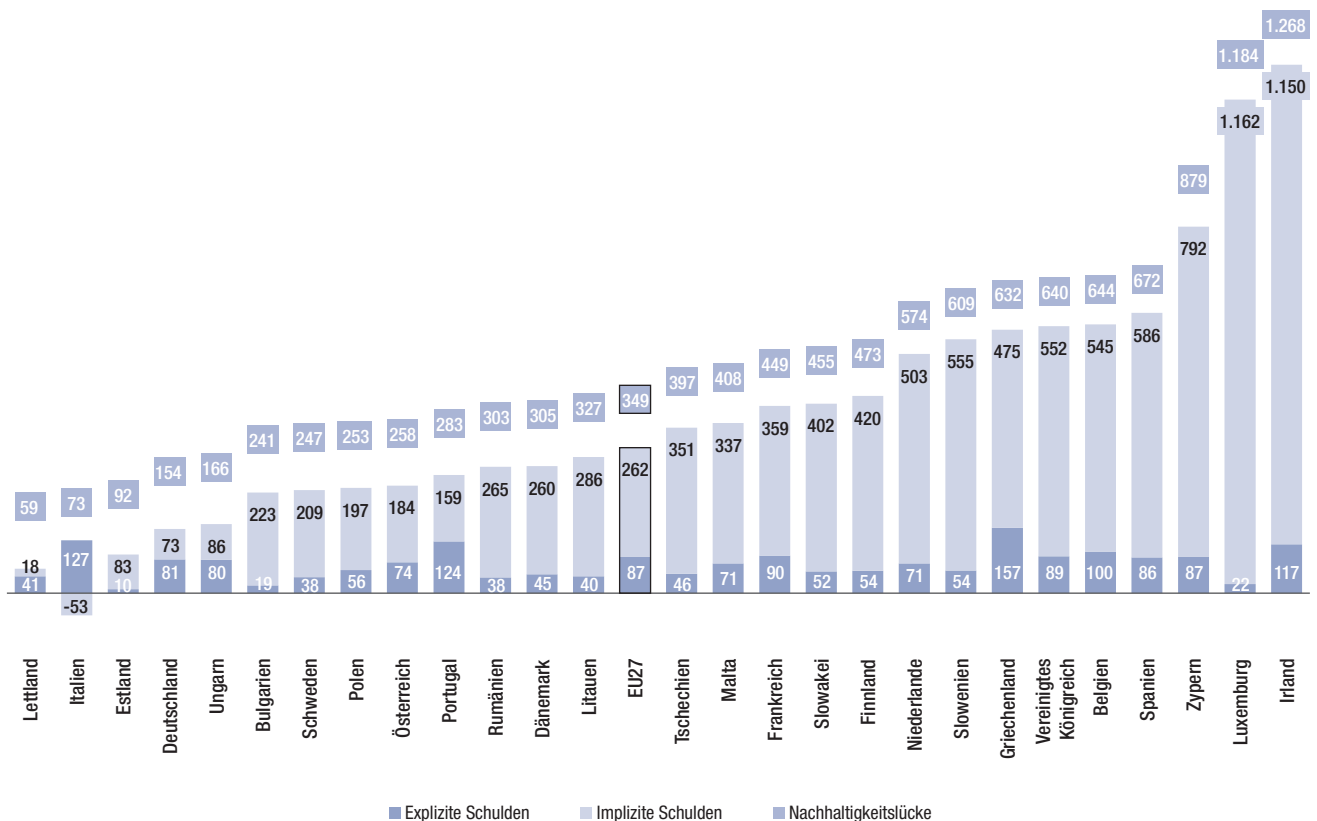
wie Zypern mit 879 Prozent am BIP dagegen die Schlusslichter des europäischen Nachhaltigkeitsvergleichs.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse des Nachhaltigkeitsvergleichs, dass die Lage der öffentlichen Finanzen in keinem Staat der EU27 als nachhaltig bezeichnet werden kann. Auch spiegeln die Ergebnisse wider, dass die explizite Staatsverschuldung nur ein ungenügender Indikator für die langfristige Lage der öffentlichen Finanzen ist. Zwar sind die Staaten in der vorderen Hälfte des Nachhaltigkeitsvergleichs im Durchschnitt weniger stark explizit verschuldet als die Staaten in der hinteren Hälfte. Mit Italien und Portugal finden sich in der vorderen Hälfte allerdings auch zwei der am höchsten verschuldeten EU-Staaten, während Luxemburg mit der drittniedrigsten expliziten Verschuldung zu den Schlusslichtern zählt.

Welche Faktoren können stattdessen zur Erklärung der Platzierung der einzelnen Staaten im Nachhaltigkeitsvergleich beitragen? Zur Beantwortung dieser Frage ist in Abbildung 4 dargestellt,

Abbildung 3: Die Bilanz der ehrbaren Staaten – Nachhaltigkeitslücken in der EU27 (Basisjahr 2012, in Prozent am BIP)

Quelle: Europäische Kommission (2009, 2012a, 2013), eigene Berechnungen.



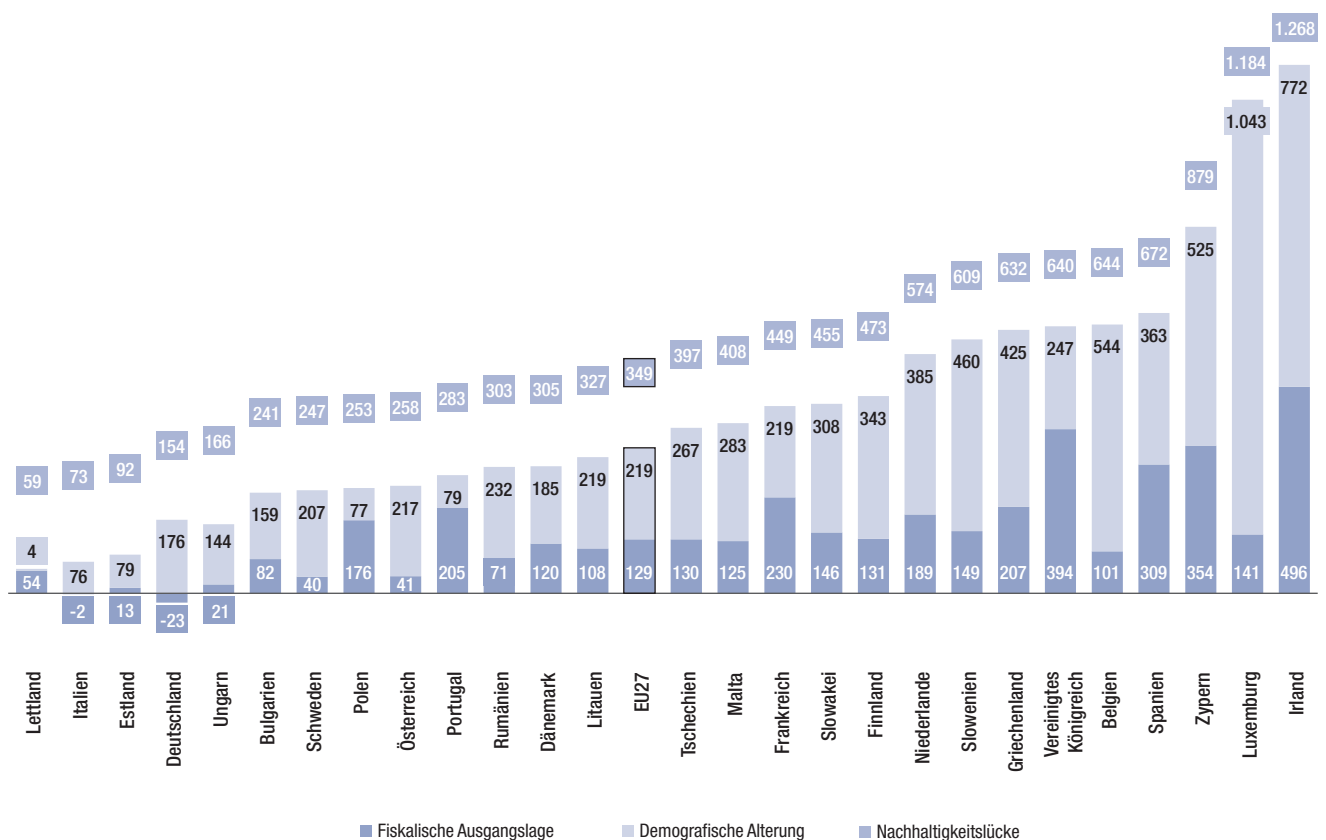
Abweichungen zwischen der Summe der expliziten und impliziten Schulden sowie der ausgewiesenen Nachhaltigkeitslücke sind auf Rundungsdifferenzen zurückzuführen.

welchen Beitrag die beiden zentralen Herausforderungen für die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen – die demografische Alterung und die fiskalische Ausgangslage – im Einzelnen zur Nachhaltigkeitslücke der EU27-Staaten beisteuern. Der Beitrag der demografischen Alterung zur Nachhaltigkeitslücke entspricht dabei dem Anteil der impliziten Verschuldung, welcher allein auf die demografisch bedingte Zunahme der altersabhängigen Ausgaben (siehe Abbildung 1) zurückgeführt werden kann. Hingegen umfasst der Beitrag der fiskalischen Ausgangslage neben der bereits bestehenden expliziten Schuld auch den Anteil der impliziten Verschuldung, welcher auf den aktuellen Primärsaldo oder anders gesagt das bereits heute bestehende Missverhältnis zwischen den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben (siehe Abbildung 2) zurückgeführt werden kann.

Wie Abbildung 4 zeigt, ist die Nachhaltigkeitslücke in der EU27 in Höhe von 349 Prozent am BIP zu etwa zwei Fünfteln oder 129 Prozent am BIP der fiskalischen Ausgangslage und zu etwa drei Fünfteln oder 219 Prozent am BIP der Zunahme der altersabhängigen Ausgaben infolge der demografischen Alterung geschuldet. Der Spitzenplatz Lettlands spiegelt insbesondere die geringen impliziten Lasten infolge der demografischen Alterung wider. Gemessen an der fiskalischen Ausgangslage würde Lettland dagegen mit 54 Prozent am BIP hinter Italien, Deutschland, Estland, Ungarn, Schweden und Österreich lediglich den siebten Platz des Nachhaltigkeitsvergleichs belegen. Hingegen ist das gute Abschneiden Italiens und Estlands neben den unterdurchschnittlichen Lasten der demografischen Alterung auch der fiskalischen Ausgangslage geschuldet. Für Italien mag dies angesichts der

Abbildung 4:
Einfluss der fiskalischen Ausgangslage und der demografischen Alterung auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Europa (Basisjahr 2012, in Prozent am BIP)

Quelle: Europäische Kommission (2009, 2012a, 2013), eigene Berechnungen.



Abweichungen zwischen der Nachhaltigkeitslücke und der Summe der Lasten aufgrund der fiskalischen Ausgangslage und der demografischen Alterung sind auf Rundungsdifferenzen zurückzuführen.

mit 127 Prozent am BIP im EU-Vergleich zweithöchsten expliziten Staatsschuld überraschen (siehe Abbildung 2, S. 8). Gemäß den hier zugrunde gelegten Annahmen ist der italienische Primärsaldo jedoch ausreichend, damit Italien seinen Zinsverpflichtungen langfristig nachkommen kann. Auch für das Verfolgerduo aus Deutschland und Ungarn trägt die fiskalische Ausgangslage wesentlich zum positiven Abschneiden bei und spiegelt wie im Falle von Italien wider, dass Deutschland und Ungarn ihre Zins- und Tilgungslasten für die bereits bestehende explizite Verschuldung zumindest teilweise aus eigener Kraft bestreiten können. Im Vergleich zum Spitzentrio sehen sich Deutschland und Ungarn infolge der demografischen Alterung allerdings höheren impliziten Lasten gegenüber.

Heterogener stellt sich die Situation in den acht Staaten (Bulgarien, Schweden, Polen, Österreich, Portugal, Rumänien, Dänemark, Litauen) dar, welche mit einer im EU-Vergleich unterdurchschnittlichen Nachhaltigkeitslücke zum oberen Mittelfeld zu zählen sind. In Bulgarien, Dänemark und Litauen tragen sowohl die im Vergleich zum EU-Durchschnitt etwas günstigere fiskalische Ausgangslage als auch die geringeren Lasten der demografischen Alterung zu deren – im Falle von Dänemark und Litauen lediglich leicht – überdurchschnittlichem Abschneiden bei. Dagegen sind die Plätze von Schweden, Österreich und Rumänien im oberen Mittelfeld im Wesentlichen einer günstigen fiskalischen Ausgangslage geschuldet. Am deutlichsten heben sich jedoch Polen und Portugal von den anderen sechs Staaten ab. Gemessen an den impliziten Lasten der demografischen Alterung liegen Polen und Portugal in etwa gleichauf mit Italien und Estland. Dem steht jedoch die deutlich ungünstigere fiskalische Ausgangslage infolge des aktuell bestehenden Missverhältnisses zwischen öffentlichen Ausgaben und Einnahmen gegenüber (siehe Abbildung 2).

Für die Staaten in der hinteren Hälfte des Nachhaltigkeitsvergleichs gilt dagegen, dass deren, im EU-Vergleich überdurchschnittlich hohe Nachhaltigkeitslücken sowohl den hohen impliziten Lasten der demografischen Alterung als auch der ungüns-

tigen fiskalischen Ausgangslage geschuldet sind. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt tragen die impliziten Lasten infolge der demografischen Alterung mit durchschnittlich zwei Dritteln allerdings etwas stärker zur Nachhaltigkeitslücke bei. Unter den fünf Staaten des unteren Mittelfelds (Tschechien, Malta, Frankreich, Slowakei, Finnland) hebt sich Frankreich deutlich von den anderen vier Staaten ab. Bei lediglich durchschnittlichen Lasten infolge der demografischen Alterung ist die Nachhaltigkeitslücke der zweitgrößten Volkswirtschaft Europas zu mehr als die Hälfte auf die anhaltende Schieflage der französischen Staatsfinanzen zurückzuführen. In Tschechien, Malta, der Slowakei und Finnland ist die überdurchschnittlich hohe Nachhaltigkeitslücke dagegen im Wesentlichen den demografischen Lasten geschuldet.

Ein heterogenes Bild ergibt sich auch für die Staaten im hinteren Drittel des Nachhaltigkeitsvergleichs. Lässt man die drei Schlusslichter Zypern, Luxemburg und Irland zunächst außen vor, so ist das schlechte Abschneiden des Vereinigten Königreichs – wie im Falle von Frankreich – im Wesentlichen der ungünstigen fiskalischen Ausgangslage in der drittgrößten Volkswirtschaft Europas geschuldet. Dies gilt zwar auch für die Niederlande, Griechenland und insbesondere Spanien. Allerdings sehen diese drei Staaten sich auch mit überdurchschnittlich hohen Belastungen infolge der demografischen Alterung konfrontiert. Deutlich stärker noch ins Gewicht fallen die Lasten der demografischen Alterung in Slowenien und insbesondere in Belgien, welches sich allein gemessen an der fiskalischen Ausgangslage statt im Tabellenkeller im oberen Mittelfeld wiederfinden würde.

Unter den drei Schlusslichtern des Nachhaltigkeitsvergleichs hebt sich schließlich Luxemburg deutlich von den anderen beiden Staaten ab. Während in Irland und Zypern auch die Lasten der fiskalischen Ausgangslage einen bedeutenden Anteil zur impliziten Verschuldung beisteuern, ist das schlechte Abschneiden Luxemburgs im Wesentlichen auf die hohen impliziten Lasten infolge der demografisch bedingten Zunahme der altersabhängigen Ausgaben zurückzuführen (siehe auch Abbildung 1).

4 Die Entwicklung der expliziten Staatsverschuldung in der mittleren Frist

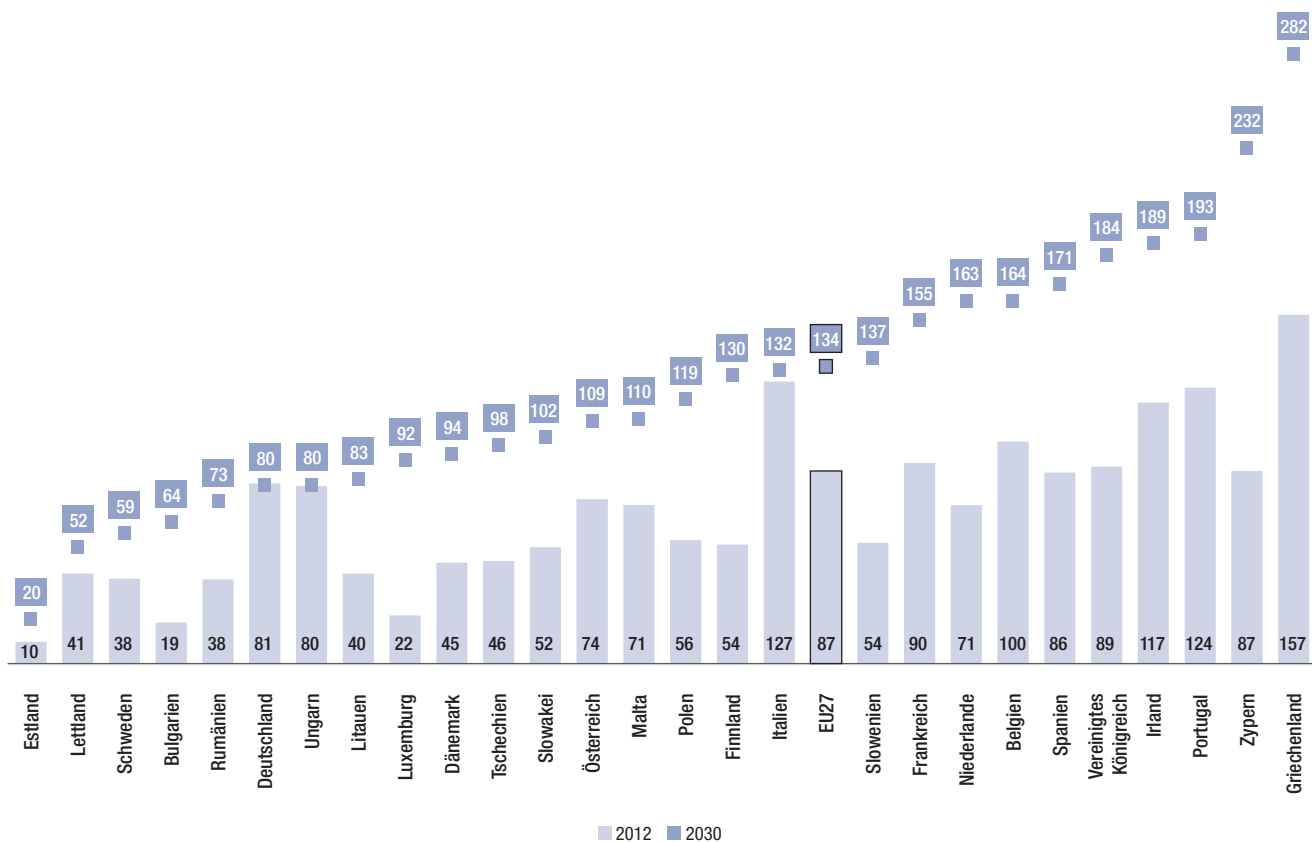
Die Ergebnisse des Nachhaltigkeitsvergleichs zeigen, dass die Lage der öffentlichen Finanzen in keinem EU-Staat als nachhaltig bezeichnet werden kann. Als Folge ist unter den heutigen Rahmenbedingungen in allen EU-Staaten mit einer weiteren Zunahme der expliziten Staatsverschuldung zu rechnen. Gemäß den in Abbildung 5 dargestellten Ergebnissen zur mittelfristigen Entwicklung der Staatsverschuldung bis zum Jahr 2030 ist im EU-Durchschnitt von einer Zunahme der Staatsverschuldung auf 134 Prozent am BIP auszugehen. Mit einem überdurchschnittlichen Anstieg der Staatsverschuldung ist insbesondere in Slowenien, den Niederlanden, Spanien, dem Vereinigten Königreich, Zypern und Griechenland zu rechnen. Aber auch in den anderen EU-Staaten ist – mit Ausnahme von Deutschland und Ungarn – mehrheitlich mit einer weiteren Zunahme der Staatsverschuldung zu rechnen.

Daher ist die Rückführung der Staatsverschuldung unter die im Stabilitäts- und Wachstumspakt definierte Obergrenze von 60 Prozent am BIP unter den heutigen Bedingungen – mit Ausnahme von Estland, Lettland und Schweden – für die Mehrzahl der EU-Staaten mittelfristig nicht realistisch. Entsprechend sind zur Erreichung oder auch nur zur Annäherung an dieses Ziel in den kommenden Jahren weitere Konsolidierungsschritte erforderlich. Welche Maßnahmen dabei im Einzelnen zu ergreifen sind, muss jeder EU-Staat selbst entscheiden. Beziffern lässt sich allerdings der Umfang, um den in den einzelnen EU-Staaten die Staatsausgaben verringert oder alternativ die Staatseinnahmen erhöht werden müssten, um die Einhaltung der Schuldenobergrenze von 60 Prozent am BIP im Jahr 2030 sicherzustellen.⁴

Wie in Abbildung 6 dargestellt, beziffert sich der Konsolidierungsbedarf im EU-Durchschnitt auf 5,2 Prozentpunkte des BIP.

Abbildung 5:
Die mittelfristige Entwicklung der europäischen Staatsverschuldung bis zum Jahr 2030 (in Prozent am BIP)

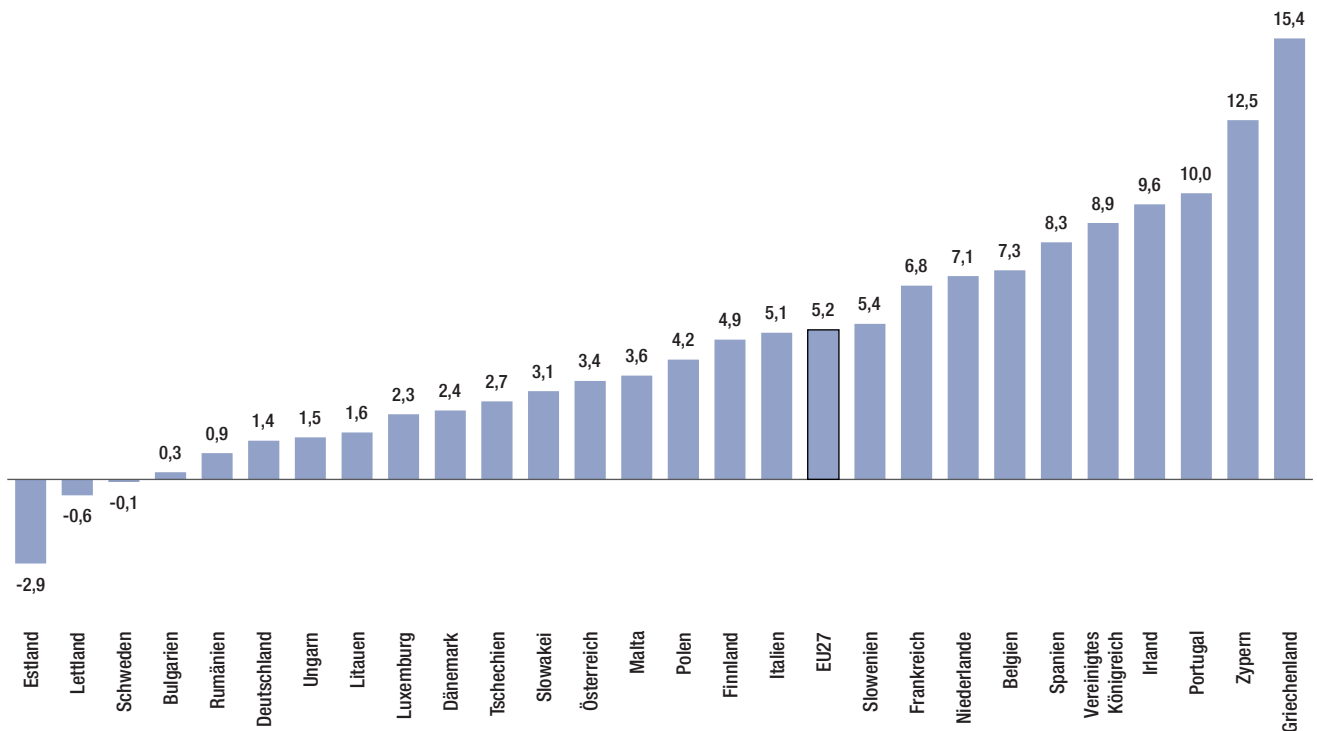
Quelle: Europäische Kommission (2009, 2012a, 2013), eigene Berechnungen.



⁴ In Anlehnung an den S1-Indikator der Europäischen Kommission (2012b) wurde bei der Berechnung des Konsolidierungsbedarfs unterstellt, dass alle hierzu notwendigen Maßnahmen bis zum Jahr 2020 umgesetzt werden.

Abbildung 6:
Der mittelfristige Konsolidierungsbedarf bis 2020 – notwendige Verringerung des Primärdefizits zur Erreichung einer Schuldenquote von 60 Prozent am BIP im Jahr 2030 (in Prozentpunkten des BIP)

Quelle: Europäische Kommission (2009, 2012a, 2013), eigene Berechnungen.



Vergleichsweise gering fällt der Konsolidierungsbedarf neben Deutschland lediglich noch in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Litauen aus, während allein in Estland, Lettland und Schweden mittelfristig ein gewisser fiskalischer Handlungsspielraum besteht. Entgegen der aktuellen Wahrnehmung zum Zustand der öffentlichen Finanzen in Deutschland müssten dagegen auch hierzulande die Staatsausgaben bis zum Jahr 2020 um 1,4 Prozentpunkte des BIP verringert werden, um die Staatsverschuldung bis zum Jahr 2030 wieder auf ein Niveau von 60 Prozent am BIP zurückzuführen. Gemessen an der Wirtschaftskraft Deutschlands in Höhe von 2.666 Mrd. Euro (BIP) im Jahr 2012 entspricht dies einem Einsparvolumen von 37 Mrd. Euro. Einem überdurchschnittlichen Konsolidierungsbedarf sehen sich dage-

gen, angefangen bei Slowenien mit 5,4 Prozentpunkten des BIP bis hin zu Griechenland mit 15,4 Prozentpunkten des BIP, auch die Niederlande, Belgien, Spanien, das Vereinigte Königreich, Irland, Portugal und Zypern gegenüber. Überraschend mag schließlich sein, dass sich Italien entgegen dem Spitzenplatz im Nachhaltigkeitsvergleich einem vergleichsweise hohen Konsolidierungsbedarf von 5,1 Prozentpunkten des BIP gegenüber sieht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der italienische Primärsaldo – gemäß den hier zugrunde gelegten Annahmen – zwar ausreichend ist, damit Italien seinen Zinsverpflichtungen langfristig nachkommen kann. An einen wirklichen Schuldenabbau ist unter diesen Bedingungen allerdings nicht zu denken. Hierzu sind – wie Abbildung 6 zeigt – kurz- bis mittelfristig weitere Konsolidierungsschritte erforderlich.

5 Fazit

Die jüngsten Wachstumsprognosen für Europa sind ein Hoffnungsschimmer am Horizont. Sollten sich diese bewahrheiten, dürfte sich auch die Lage der öffentlichen Finanzen in der EU in den kommenden Jahren zunehmend stabilisieren. Selbst ein anhaltender wirtschaftlicher Aufschwung kann den europäischen Staaten jedoch bestenfalls eine Verschnaufpause verschaffen. Für eine Abkehr vom eingeschlagenen Konsolidierungskurs ist es hingegen noch zu früh.

Wie die vorliegenden Ergebnisse des aktuellen Nachhaltigkeitsvergleichs zeigen, ist eine Trendwende derzeit noch nicht in Sicht. Unter den aktuellen Bedingungen ist die Lage der öffentlichen Finanzen in keinem Staat der EU27 als nachhaltig zu bezeichnen. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die in den vergangenen Jahren erzielten Konsolidierungsfortschritte noch nicht ausreichend sind, um die Staatsverschuldung langfristig zu stabilisieren. Problematisch ist die fiskalische Ausgangslage weiterhin in Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern. Mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich gibt aber auch die Lage der öffentlichen Finanzen in den nach Deutschland größten Volkswirtschaften der EU weiterhin Anlass zur Sorge. Dagegen stellt sich die Lage der öffentlichen Finanzen in Italien zumindest langfristig vergleichsweise günstig dar.

Hinzu kommt, dass in nahezu allen EU-Staaten als Folge der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten von einer Zunahme der öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege auszugehen ist. Diese impliziten Verpflich-

tungen der Zukunft stellen die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen selbst in denjenigen Staaten in Frage, in denen aktuell entweder infolge einer geringen Verschuldung oder eines geringen Haushaltsdefizits wenig Anlass zur Sorge besteht. Dies gilt beispielsweise für Deutschland und Schweden, insbesondere aber für Luxemburg, welches neben Belgien, Irland und Zypern infolge der impliziten Lasten der demografischen Alterung ein ausgeprägtes Nachhaltigkeitsproblem aufweist.

Daher sollten die Zeit und die (scheinbaren) fiskalischen Handlungsspielräume, welche durch einen (möglichen) wirtschaftlichen Aufschwung in den nächsten Jahren gewonnen werden können, dazu genutzt werden, um den eingeschlagenen Konsolidierungs- und Reformkurs weiter fortzusetzen. Denn nur wenn es gelingt, die nach wie vor bestehenden strukturellen Defizite weiter zu reduzieren, kann die Staatsverschuldung in Europa effektiv verringert werden.

Legt man die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zugrunde, so müssten die öffentlichen Ausgaben bis zum Jahr 2020 im EU-Durchschnitt um weitere 5 Prozentpunkte des BIP reduziert werden, um die Staatsverschuldung bis zum Jahr 2030 auf die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarte Schuldenobergrenze von 60 Prozent am BIP zurückzuführen. Konsolidierungsbedarf besteht dabei nicht nur in den heutigen Krisenstaaten. Auch in Deutschland sind – trotz der guten wirtschaftlichen Lage – keine fiskalischen Handlungsspielräume vorhanden.

Literatur

Benz, U. und S. Fetzer (2006), Indicators for Measuring Fiscal Sustainability, A Comparison of the OECD Method and Generational Accounting, Finanzarchiv, 62, 367–391.

BMF – Bundesministerium der Finanzen (2011), Dritter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Berlin.

Ehing, D., S. Moog und B. Raffelhüschen (2013), Erwerbstätigkeit und fiskalische Nachhaltigkeit: eine Generationenbilanzierung, Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 11, 435–451.

Europäische Kommission (2013), European Economic Forecast – Autumn 2013, European Economy, 7/2013, Brüssel.

Europäische Kommission (2012a), The 2012 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2010–2060), European Economy, 2/2012, Brüssel.

Europäische Kommission (2012b), Fiscal Sustainability Report 2012, European Economy, 8/2012, Brüssel.

Europäische Kommission (2009), 2009 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2008–2060), European Economy, 2/2009, Brüssel.

Stiftung Marktwirtschaft (2013a), Ehrbare Staaten? Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Europa, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, 124, Berlin.

Stiftung Marktwirtschaft (2013b), Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Update 2013: Nachhaltigkeitsbilanz der Wahlprogramme, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, 121, Berlin.

Stiftung Marktwirtschaft (2012), Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Update 2012: Demografie und Arbeitsmarkt, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, 117, Berlin.

Executive Summary

Nach Jahren der Krise hat sich die ökonomische Lage in der Europäischen Union (EU) zumindest etwas stabilisiert. Der wirtschaftliche Schrumpfungprozess konnte in den meisten Ländern gestoppt werden. Nicht zuletzt die massiven, zu Recht aber auch umstrittenen geldpolitischen Interventionen der Europäischen Zentralbank haben dazu beigetragen, Zeit für notwendige Strukturreformen in den Krisenländern zu „kaufen“, damit diese ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern können. Diese Zeit ist zu wenig genutzt worden, zum Teil haben die Hilfen sogar zum Nachlassen der Anstrengungen beigetragen. Europa befindet sich nach wie vor im „Krisenmodus“ und zahlreiche wichtige wirtschaftspolitische Reformmaßnahmen der Mitgliedsländer und der EU insgesamt harren noch der Umsetzung. Auch im Hinblick auf die notwendige Haushaltskonsolidierung geht es nur zäh voran. Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt definierten Obergrenzen für die Staatsverschuldung und das Haushaltsdefizit liegen für viele Mitgliedstaaten noch in weiter Ferne.

Vor diesem Hintergrund analysiert die vorliegende Studie der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge der Universität Freiburg die langfristigen Perspektiven der öffentlichen Haushalte von 27 EU-Mitgliedstaaten auf Basis der aktuell vorliegenden Wirtschaftsdaten.

Beunruhigende langfristige Perspektiven

Gemessen an der tatsächlichen Staatsverschuldung sind die heute offiziell ausgewiesenen Schulden der EU nicht mehr als die Spitze eines Eisbergs. Eine wirkliche Trendwende ist derzeit nicht in Sicht. In der Mehrzahl der EU-Staaten sind die erzielten Konsolidierungsfortschritte nicht ausreichend, um die Staatsverschuldung langfristig zu stabilisieren. Problematisch ist die fiskalische Ausgangslage weiterhin in Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern. Mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich gibt aber auch die Lage der öffentlichen Finanzen in den nach Deutschland größten Volkswirtschaften der EU weiterhin Anlass zur Sorge. Hinzu kommt, dass als Folge der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten von einer Zunahme der öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege auszugehen ist. Diese Verpflichtungen in der Zukunft stellen die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen selbst in denjenigen Staaten in Frage, in denen aktuell wenig Anlass zur Sorge besteht. Dies gilt neben Deutschland und Schweden insbesondere für Luxemburg.

Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist selbst bis 2030 fraglich

Mittelfristig ist unter den aktuellen Gegebenheiten von einer weiteren Zunahme der expliziten Staatsschulden in der EU von aktuell 87 Prozent des BIP auf 134 Prozent am BIP im Jahr 2030 auszugehen. Die Zeit, die durch einen (möglichen) wirtschaftlichen Aufschwung in den nächsten Jahren gewonnen werden kann, sollte daher dazu genutzt werden, den eingeschlagenen Konsolidierungs- und Reformkurs weiter fortzusetzen. Legt man die Ergebnisse der vorliegenden Studie zugrunde, so müssen die öffentlichen

Ausgaben in der EU bis zum Jahr 2020 um weitere 5 Prozentpunkte des BIP reduziert werden, um die Staatsverschuldung bis zum Jahr 2030 auf die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarte Schuldenobergrenze von 60 Prozent am BIP zurückzuführen. Konsolidierungsbedarf besteht dabei nicht nur in den heutigen Krisenländern. Auch in Deutschland sind – trotz der guten wirtschaftlichen Lage – keine Spielräume für neue Ausgaben vorhanden.

Das EU27-Nachhaltigkeitsranking – die tatsächliche Schuldenlast der EU-Staaten im Vergleich (Basisjahr 2012, Standardszenario)

	Explizite Schuld	Implizite Schuld	Nachhaltigkeitslücke*
1 Lettland	41	18	59
2 Italien	127	-53	73
3 Estland	10	83	92
4 Deutschland	81	73	154
5 Ungarn	80	86	166
6 Bulgarien	19	223	241
7 Schweden	38	209	247
8 Polen	56	197	253
9 Österreich	74	184	258
10 Portugal	124	159	283
11 Rumänien	38	265	303
12 Dänemark	45	260	305
13 Litauen	40	286	327
14 Tschechien	46	351	397
15 Malta	71	337	408
16 Frankreich	90	359	449
17 Slowakei	52	402	455
18 Finnland	54	420	473
19 Niederlande	71	503	574
20 Slowenien	54	555	609
21 Griechenland	157	475	632
22 Großbritannien	89	552	640
23 Belgien	100	545	644
24 Spanien	86	586	672
25 Zypern	87	792	879
26 Luxemburg	22	1162	1184
27 Irland	117	1150	1268

* Abweichungen zwischen der ausgewiesenen Höhe der Nachhaltigkeitslücke und der Summe der expliziten und impliziten Schulden sind auf Rundungsfehler zurückzuführen.

Quelle: Europäische Kommission (2009, 2012, 2013), eigene Berechnungen.